

## **Protokoll der Generalversammlung vom 14. April 2014**

---

Ort: Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich, Blauer Saal  
Zeit: 19:30-22:00 Uhr  
Sitzungsleitung: Marionna Schlatter  
Anwesend: 49 Mitglieder  
Gäste: Daniel Lampart, Sekretariatsleiter, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB); Peter Uhlmann, Unternehmer/Inhaber Optimo Service Gruppe Winterthur, Kantonsrat SVP Winterthur Land; Ruedi Baumann Tagesanzeiger-Redaktor  
Protokoll: Ulla Blume

---

### **1. Begrüssung**

Marionna Schlatter begrüsst die Anwesenden.

---

### **2. Wahl der Stimmzählenden**

Marcel Bührig wird als Stimmzähler gewählt.

---

### **3. Traktanden**

Die Traktandenliste wird ohne Ergänzungen genehmigt.

---

### **4. Protokoll der MV vom 24. Oktober 2013**

Das Protokoll wird ohne Korrekturen genehmigt und verdankt.

---

### **5. Mitteilungen**

#### **• Partei und Vorstand**

Kommunalwahlen: Wir haben unsere WählerInnenanteile im Grossen und Ganzen gehalten, und insgesamt stagniert. Die ersten Parlamentswahlen in Wetzikon waren mit 9.8% ein schöner Erfolg. In Schlieren ging leider einen Sitz verloren, weil wir nur noch mit einer Einerliste antreten konnten. Unser Wahlkampf war gut und engagiert – es wird uns nichts mehr geschenkt, wir müssen kämpfen.

Die Vorbereitungen für die kantonalen und nationalen Wahlen haben wir bereits mit unserer Wahlretraite vom 12. April begonnen. Wichtige Themen waren dort: Organisation, Listenbildung, etc. Interessierte sollen sich jetzt melden, wenn sie auf eine Liste wollen.

Kulturlandinitiative: Die zuständige kantonsrätliche Kommission für Planung und Bau (KPB) hat die Umsetzungsvorlage beraten und beantragt Nichteintreten. Der Kantonsrat soll also nicht mal darüber diskutieren – damit wird der Volksentscheid krass missachtet. Wir müssen also zweite Initiative lancieren. Jetzt sind wir am Formulieren des Textes für so eine Umsetzungsinitiative. Dieses Mal müssen wir uns auch Partner\_innen suchen. Diese zweite Initiative werden wir nach dem Sommer lancieren – wir müssen also während dem Wahlkampf sammeln.

- **Kantonsratsfraktion (Esther Hildebrand)**

Bei den Beratungen zum ZKB-Gesetz waren wir mit unseren Anträgen recht erfolgreich: der Dotationsrahmen wird nur um 500 Mio. Franken erhöht, die höheren Entschädigungen für den Bankrat wurden zurückgewiesen, es wird auch in Zukunft keine Partizipationsscheine geben, es findet also keine Privatisierung statt.

Fall «Carlos»: Auch dieses Geschäft wurde noch einmal diskutiert, Martin Graf war selbstkritisch, der Rat war kritisch, eine PUK wurde aber deutlich abgelehnt. Auch der JUKO-Bericht wurde entgegengenommen und der Nichteintretensantrag der CVP zurückgewiesen.

- **Nationalratsfraktion (Balthasar Glättli)**

An der Sondersession im Mai geht es um die Goldinitiative, die grossmehrheitlich abgelehnt werden wird, ausserdem um die Pauschalbesteuerunginitiative. Auch hier wird die Mehrheit wohl ablehnen. Die Abschaffung der Lex Koller wird wohl von der Traktandenliste verschwinden.

Hauptthemen für die Sommersession: 2. Gotthardröhre: Hier wird sicher das Referendum ergriffen – das müssen wir im Sommer schnell sammeln! Ebenfalls kommt das Bürgerrechtsgesetz, dass wir evtl. mit einer unheiligen Allianz im Parlament kippen können (Der SVP ist es zu weich, uns zu hart). Wenn nicht, wird es auch hier ein Referendum geben. Zudem wird über das BÜPF (Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs) debattiert: Der eropäische Gerichtshof hat Vorratsdatenspeicherung für unzulässig erklärt. Bei der BÜPF-Revision wollen wir das auch für die Schweiz erreichen, auch hier gibt es allenfalls ein Referendum.

- **Junge Grüne (Marcel Bührig)**

Die Jungen Grünen lassen grüssen, sie basteln heute für den 1. Mai und können deshalb nicht dabei sein. Für die JG sind die Kommunalwahlen erfolgreich ausgegangen, sie haben ihre Sitzzahl in den Parlamenten verdoppelt. Jetzt laufen die Vorbereitungen für den ersten Mai, ausserdem der Abstimmungskampf gegen Gripen und für Mindestlohn. Auf nationaler Ebene erarbeiten die JG eine Volksinitiative.

---

## **6. Jahresbericht und Rechnung 2013**

Marionna Schlatter präsentiert den Jahresbericht und die Rechnung. Insgesamt haben wir gut gewirtschaftet und können Rückstellungen von 143'000.- Franken für den kommenden Wahlzyklus und die Kulturlandinitiative II machen.

Wir haben bereits knapp 14'000.- für die Wahlen ausgegeben (Konto 304), ein Teil davon vorbereitend, ein Teil davon für die Kommunalwahlen. Dieses Geld kommt über «Rückerstattung Wahlen» (Konto 645) wieder herein.

Der zusätzliche Aufwand für die Wahlen schlägt sich auch bei den Personalkosten (Konto 400) nieder: Die Dienstleistungen des Sekretariat wurden rege genutzt, was sehr erfreulich ist. Die höheren Personalkosten resultieren aus ausgezahlten Überstunden.

Wir haben wiederum sehr gute Einnahmen bei den Behördenabgaben (Konto 610). Da die Behördenabgaben immer von den Fallzahlen abhängig sind, lassen sie sich nicht genau budgetieren.

Insgesamt können wir mit dem Jahresabschluss sehr zufrieden sein, neben den geplanten Rückstellungen für die Wahlen von 100'000.- Franken können wir auch noch Mittel für die Kulturlandinitiative in Höhe von 43'000.- zurückstellen (Konto 800).

Maria Rohweder verliest den Revisionsbericht. Die Revisor\_innen empfehlen der Mitgliederversammlung die Jahresrechnung 2013 anzunehmen und dem Vorstand Decharge zu erteilen. Sie danken Regula Kaeser-Stöckli für die gute Führung der Buchhaltung.

---

## 7. Statutenrevision

Nach der Statutenrevision der Grünen Schweiz, wurden auch Anpassungen in unseren Statuten notwendig. Eine Arbeitsgruppe hat daher einen Vorschlag für einen Statutenrevision erarbeitet, der Vorstand hat diesen diskutiert und zuhanden der Mitgliederversammlung verabschiedet. Die Statutenrevision verfolgt hat Folgendes zum Zweck:

- Anpassungen nach der Statutenrevision der Grünen Schweiz
- Bessere Strukturierung
- Präzisierungen
- Redaktionelle Änderungen

Anträge zum vorliegenden Entwurf:

§ 12, Absatz 1: Traktanden sollen neu von 30 (alt:20) Mitgliedern eingereicht werden können → Antrag abgelehnt (1 Ja-Stimme, 3 Enthaltungen)

§ 17, Absatz 1: Der Satz soll ergänzt werden: Der Vorstand besteht aus der Geschäftsleitung (Parteisekretär\_in mit beratender Stimme), zwei Mitgliedern der Jungen Grünen, einer Vertretung der Nationalratsdelegation, Vertreter\_innen *auf Antrag* der Bezirksparteien sowie weiteren interessierten Mitgliedern. → Antrag abgelehnt (2 Ja-Stimmen, 9 Enthaltungen)

§ 18, Punkt c): Der Satz soll ergänzt werden: Abschliessende Beschlussfassung über Abstimmungsvorlagen bzw. Wahlempfehlungen, oder die Lancierung von Initiativen Referenden, sofern drei Viertel der anwesenden Vorstandsmitglieder einen entsprechenden Antrag unterstützen *und die Parole nicht einer national gefassten Parole widerspricht* → Antrag angenommen (2 Gegenstimmen, 6 Enthaltungen)

§ 20: Der Paragraph soll ergänzt werden: Die Geschäftsleitung besteht aus dem Präsidium, der/dem Präsident\_in der Kantonsratsfraktion, einer Vertretung der Jungen Grünen, der/dem geschäftsführenden Parteisekretär\_in (mit beratender Stimme) und weiteren Vorstandsmitgliedern. *Deren Wahl erfolgt auf zwei Jahre; Wiederwahl ist möglich.* → Antrag angenommen (einstimmig)

Beschluss:

Die revidierten Statuten werden mit den beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

---

## 8. Abstimmungen 18. Mai 2014

Die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen wurden bereits vom Vorstand der Grünen Kanton Zürich bzw. von der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz gefasst.

### • **Kantonale Abstimmungsvorlagen**

#### NEIN zur Volksinitiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)»

Die juristische Kirchensteuer ermöglicht im Kanton Zürich unzählige soziale und kulturelle Projekte. Eine kantonale Volksinitiative der Jungfreisinnigen möchte diese nun abschaffen. Mit der juristischen Kirchensteuer werden unzählige wertvolle soziale und kulturelle Projekte im ganzen Kanton Zürich finanziert werden. Sie kommt nämlich ausschliesslich nicht kultischen Zwecken zugute. Das heisst konkret, dass das Geld nicht für Gottesdienste oder den Lohn des Pfarrers eingesetzt wird, sondern der Finanzierung sozialer und kultureller Projekte dient. Die durch die Kirchensteuer finanzierten Projekte kommen nicht ausschliesslich Angehörigen von Glaubensgemeinschaften zugute, sondern stehen allen Menschen im Kanton Zürich unabhängig ihres Glaubens zur Verfügung. Die Abschaffung der juristischen Kirchensteuer würde eine Verlagerung der Kosten von den Unternehmen zu den Steuerzahlenden bedeuten. Zudem würden die Kosten steigen, da die Kirchensteuer viele Projekte finanziert, die mithilfe von freiwilligen Mitarbeitenden mehr Menschen erreichen können, als es mit staatlichen Mitteln möglich wäre. Die Gesetze, auf denen die juristische Kirchensteuer beruht, sind erst seit 2010 in Kraft. Diese Gesetze werden sowohl von der Politik als auch der Wirtschaft getragen. Der Regierungsrat und eine deutliche Mehrheit des Kantonsrats (123 zu 40) stimmten für die Beibehaltung der juristischen Kirchensteuer. Das Argument, dass mit einer Abschaffung der Kirchensteuer das Gewerbe entlastet würde, greift zu kurz. Die Kirchensteuer beträgt durchschnittlich nicht mal 1/1000 des Gesamtaufwandes eines Unternehmens. Die Belastung für die Unternehmen ist folglich gering, der Nutzen für die Bevölkerung hingegen enorm.

#### NEIN zur Volksinitiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen und an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich»

Diese Volksinitiative will Werbung für sämtliche alkoholische Getränke auch auf privatem Grund verbieten. Konkret geht es bei der Initiative vor allem um Bier-Werbung, Werbung für Spirituosen wurde bereits auf Bundesebene verboten. Regierungs- und Kantonsrat sowie die Grünen lehnen diese Initiative als unverhältnismässig und Zwängerei klar ab. Auf öffentlichen Sportplätzen und für alle Veranstaltungen, die sich speziell an Kinder und Jugendliche richten, gilt schon seit 2007 ein Werbeverbot für Alkohol. Die Initiative will das Alkoholwerbungsverbot nun auch für sämtliche Sportveranstaltungen auf privatem Grund anwenden, also z.B. auch für Grümpelturniere und ähnliches. Fraglich ist auch, ob das Interesse der InitiantInnen nicht eher ein besserer Vollzug des bestehenden Alkoholwerbverbots ist. Vollzugsprobleme lassen sich mit einem weiteren Gesetz nicht lösen. Dafür braucht es griffige Umsetzungsmassnahmen für die – absolut ausreichenden – bestehenden Vorschriften im kantonalen Gesundheitsgesetz.

### • **Nationale Abstimmungsvorlagen (Parolen der Grünen Schweiz)**

JA zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)

NEIN zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»

JA zur Mindestlohninitiative

NEIN zum Gripen-Fonds-Gesetz

---

### **9. Varia/Diverse Anfragen**

Luca Maggi: Hat 1. Mai-Zeitungen aufgelegt, Hauptrednerin ist die Bürgermeisterin von Lampedusa. Kommt alle, wir wollen eine grosse Grüne Fraktion an der Demonstration!

---

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 20:40 Uhr

## Thema

# Podium Mindestlohninitiative

## Auf dem Podium

Daniel Lampart, Sekretariatsleiter, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)

Peter Uhlmann, Unternehmer/Inhaber Optimo Service Gruppe Winterthur, Kantonsrat SVP Winterthur Land

## Moderation

Ruedi Baumann, Tagesanzeiger-Redaktor

- Ruedi Baumann: Daniel Lampart, Sie haben Büros, wie viel verdienen bei Ihnen die Putzfrauen?
- Daniel Lampart: Wir arbeiten mit einem externen Reinigungsbüro, von dem wir gefordert haben, den Mindestlohn zu zahlen, dafür zahlt das Büro auch mehr.
- Peter Uhlmann: Seine Firma ist eingemietet, der Vermieter zahlt das Putzpersonal, die Firma zahlt das über die Nebenkosten. Die Optima hat 300 Angestellte, alle verdienen mindestens 4'000.-, auch Hilfskräfte und Grenzgänger. Für weniger Lohn unterschreibt er die Verträge nicht.
- Ruedi Baumann: was muss man für die 4'000.- können?
- Peter Uhlmann: das sind alles Fachleute.
- Ruedi Baumann: Dann haben wir gar kein Problem?
- Daniel Lampart: Das Beispiel von Peter Uhlmann zeigt, dass dieser Mindestlohn möglich ist. Bereits haben Lidl, H&M, die Coiffure eingeschwenkt, wir wollen auch noch die anderen dazu bringen.
- Ruedi Baumann: Die Regierung sagt, das im Kanton 80'000 Menschen weniger als den Mindestlohn verdienen.
- Daniel Lampart: Schweizweit sind es ca. 330'000, der Kanton Zürich sollte sich das eigentlich leisten können. Mehr als 2/3 der Unter-Mindestlohnempfänger\_innen sind älter als 25, viele sind Frauen, die meisten haben eine Ausbildung. Bei den Jungen haben wir kein Tieflohnproblem, das ist eher ein Frauenproblem und im Kanton ZH ist es überproportional.
- Ruedi Baumann: Wieso ist die SVP dagegen?
- Peter Uhlmann: Es gibt kritische Branchen, Gastronomie, Haus- und Landwirtschaft etc. Dort ist es einfach schwierig, gerade auch bei Teilzeitstellen. Auch bei Studi- und Ferienjobs lässt sich der Mindestlohn nicht unbedingt umsetzen. Der Mindestlohn schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Die Hotellerie und die Landwirtschaft in den Berggebieten können das nicht zahlen, die müssten dann zumachen, ebenso viele KMU. Viele KMU arbeiten für grosse Firmen. Wenn die grossen Formen die Löhne anheben, können die KMU alle grad zumachen.
- Ruedi Baumann: Urs Hans? Wie sieht es aus? → Urs Hans: Stellt vor allem Praktikant\_innen mit festem Praktikumslohn ein. Die Älpler sind angestellt – für 2'000.- Plus Kost und Logie. Heute werden wegen der Löhne viele Alpen gar nicht mehr behütet, viele Stellen werden wegrationalisiert. Auf 4'000.- kommen

höchstens sehr gut Ausgebildete.

- Daniel Lampart: Das sind Sonderfälle, für die auch Sonderregelungen vorgesehen sind in der Initiative. Für den Standort ist das nicht entscheidend. Wir wollen faire Löhne für den «Normalfall». Gerade die grossen Modefirmen wie Bata oder Tally Weijl zahlen heute miserable Tieflöhne – das soll nicht möglich sein. Solche Unternehmen (Einzelhandel) wehren sich auch schon immer gegen Gesamtarbeitsverträge etc. Die Realität ist, dass am Schluss die Sozialhilfe und damit der Steuerzahler einspringt – das kann nicht unser Ziel sein.
- Peter Uhlmann: Die GAV's funktionieren einfach nicht, das haben auch die Gewerkschaften nicht geschafft. Die meisten KMU's sind nicht in einem GAV. Wenn die Gewinnmargen geschmälert werden, wird das einfach woanders wieder ausgeglichen, z.B. mit weniger Ferien und anderen arbeitsvertraglichen Bestimmungen und Rahmenbedingungen. Kleinere Margen gehen auch zulasten von Investitionen, und ohne Investitionen können die KMU nicht überleben.
- Daniel Lampart: Die Leute machen heute eine Lehre, verdienen dann vielleicht 3'500 Franken und sind angewiesen auf Hilfe, von den Eltern oder via Sozialamt vom Steuerzahler. Viele in der Schweiz verdienen die geforderten 22.- Franken/Stunde, warum sollen wir nichts gegen die schwarzen Schafe unternehmen, die weniger zahlen?
- Ruedi Baumann: Es gibt Unternehmen, die dann billige Arbeitskräfte aus dem Ausland holen.
- Daniel Lampart: Im Bau gibt es zum Beispiel für alle GAV's. Dort sind die Löhne klar über dem geforderten Mindestlohn. Wir reden nur von einem sehr kleinen Segment, in Deutschland ist das z.B. viel schlimmer (20 %). Insgesamt ist das Problem nicht so gross, weil wenige betroffen sind – das können wir lösen. Für die Betroffenen es das aber jeweils sehr schlimm.
- Peter Uhlmann: Das ist eine schweizweite Initiative. In den Bergkantonen ist die Situation ganz anders als im Kanton Zürich.
- Daniel Lampart: In anderen Regionen sind die Wohnungen auch teuer – wie sollen die Leute ihre Mieten zahlen? Die Regionalisierung macht keinen Sinn, die Regionen sind künstliche Gebilde, die Leute pendeln. Es soll sein wie bei der AHV: für alle gleich.
- Ruedi Baumann: 4'000.- seien kein Anreiz für die Jungen, eine Ausbildung zu machen, sagen die Initiativgegner.
- Daniel Lampart: Auch heute kann man ungelernt schon mehr als 4'000.- Franken im Monat verdienen. Die Jungen sind aber schlau und denken an ihre Zukunft. Der Anreiz für eine Ausbildung ist die Karriere- und Lebensplanung. Auf der anderen Seite ist es kein Argument *für* eine Lehre, wenn man nachher mit der Ausbildung nicht mal 4'000.- verdient.
- Peter Uhlmann: Hat 20 Lehrlinge und weiss Bescheid. Es ist erwiesen, dass es schwer ist, gewisse Lehrstellen überhaupt zu besetzen, alle werden gleich ins Gymnasium getrieben. Lehrlinge werden also gesucht! Heute kommen Lehrlinge, bei denen schon am Anfang klar ist, dass sie die Lehre kaum durchstehen können. Es gibt viele Abbrüche. Solche Jugendliche kommen lieber für 4'000.- ohne Ausbildung arbeiten.
- Daniel Lampart: Ferienjobs waren nie ein Problem, jetzt ist das aber anders. Es ist schwer, so Jöbli überhaupt zu finden. Der Punkt ist: Wenn man eine Lehre macht, soll der Lohn nachher zum Leben langen, auch wenn man eine Familie hat. Die

Jungen mit Lehre haben heute eine schlechte Perspektive.

- Ruedi Baumann: Lockt der Mindestlohn Zuwanderer an? Oder umgekehrt?
- Daniel Lampart: Die Leute wandern nicht einfach zu, sondern die Arbeitgeber holen die Leute. Wenn man den Firmen tiefe Löhne erlaubt, holen sie eben billige Arbeitskräfte aus dem Ausland. Der Mindestlohn ist keine Antwort auf die Masseneinwanderungsinitiative, aber sie hilft die Arbeitgeber\_innen zu schützen. Und sie hilft vielleicht auch Schweizer\_innen bei der Jobsuche, wenn Löhne gezahlt werden, von denen man auch in der Schweiz leben kann.
- Peter Uhlmann: Ist als Arbeitgeber nicht immer auf SVP-Linie. Die Masseneinwanderungsinitiative und Mindestlohn haben aber keine grossen Berührungspunkte, das sind zwei verschiedene Sachen. Es gibt auch viele Fachleute aus dem Ausland, weil wir in der Schweiz nicht genügend finden. Dann sind wir auf ausländische Fachkräfte angewiesen.
- Daniel Lampart: Die Abstimmung war populistisch, jetzt bei der Umsetzung regiert wieder die Wirtschaft und will zahlreiche Ausnahmen. Mit der Masseneinwanderungsinitiative fahren wir die Bilateralen an die Wand, aber wir sollen immer noch billige Arbeitskräfte holen können? Das ist sehr besorgniserregend. Das ist ein Riesenscherbenhaufen, der vor allem den Arbeitnehmer\_innen schadet.
- Peter Uhlmann: In der Schweiz sind die Verhältnisse gut, wir haben gute Unternehmen, viele KMU einen guten Arbeitsfrieden. Wir haben kein Problem, wir haben nur eine neue Aufgabe, die uns das Stimmvolk gegeben hat. Wir sollten das mit Gelassenheit und Ruhe angehen.

### Fragen/Diskussion

- Martin Graf: Im Baugewerbe herrscht eine dramatische Situation. Nicht bei den Löhnen, aber bei den Anstellungsbedingungen: Dort sind alles Temporärstellen, es gibt eine grosse Lohnunsicherheit. Wenn man jetzt einen Mindestlohn fixiert, weichen die Arbeitgeber in andere Richtungen aus? Wie sollen die flankierenden Massnahmen kontrolliert werden? Ist das Konstrukt nicht zu kompliziert?  
→ Daniel Lampart: Der Bau hat einen Minimallohn, Temporärarbeit ist aber wirklich ein grosses Problem. Mittlerweile arbeiten hier 40'000 Leute temporär. Das müsste man unbedingt abstellen, dafür braucht es eine Gesetzesänderung auf nationaler Ebene.
- Karl Bachmann: Gesetzliche Grundlagen schaffen Freiheit. Probleme gibt es dort, wo man nicht miteinander redet. Die Leute sind heute im Arbeitsprozess gestresst. Wir müssen einen Weg finden, bei dem die Leute miteinander reden und gemeinsame, verträgliche Lösungen finden. Es braucht mehr Achtsamkeit, nicht nur Tempo und Effizienz.
- Daniel Mägli: Es gibt auch einen Zusammenhang zwischen Mindestlöhnen und AHV. Sind die Löhne zu tief, reicht es nicht für die AHV. Am Schluss zahlt der Steuerzahler.  
→ Daniel Lampart: Ja, tiefer Lohn gibt tiefe Renten. Wer schon mit dem Lohn nicht auskommt, kann es erst recht nicht mit der AHV.  
→ Peter Uhlmann: Das ist unbestritten, aber es gibt ja einen Mindestbetrag für die AHV. Es sind auch nicht alle Orte in der Schweiz so teuer wie der Kanton Zürich. Das AHV-Problem besteht, das lässt sich auch nicht mit dem Mindestlohn beheben.



- Daniel Mägli: Gehen Firmen, die Löhne zahlen müssen, ins Ausland?  
→ Peter Uhlmann: Das ist nicht unserem Sinn, wir müssen für Arbeitsplätze kämpfen, das geht nur, wenn die Grossfirmen auch hier sind, sonst haben die KMU's auch weniger Stellen anzubieten.
- Daniel Mägli: Es braucht den Anreiz, dass man nach der Lehre genug verdient. Das ist auch ein Grund dafür, dass immer mehr Leute studieren wollen.  
→ Daniel Lampart: Die Löhne mit Lehre hinken der Teuerung sehr hinterher, das ist ein Problem. Wir müssen die Lehren attraktiv gestalten und das geht nur mit guten Stellenperspektiven nach der Lehre. Ein Lehre muss sich auszahlen.
- Jasmin Pokerschnig: Was ist mit den Wenigverdienenden, die auf Sozialhilfe angewiesen sind und mit dem SVP-Angriff auf die SKOS? Mit einem Mindestlohn wär das nicht nötig. Sonst läuft alles auf einen staatlich subventionierten Mindestlohn hinaus – das ist verlogen.  
→ Peter Uhlmann: Die SKOS-Richtlinien sind nicht so eng, die Leute haben zum Teil mehr als wir. Wir haben niemanden verhungern lassen. Wir haben 2-3% Arbeitslose, die kann man auch mit einem Zustupf vom Sozialamt unterstützen.  
→ Daniel Lampart: Genau dort muss man ansetzen. Millionen-Unternehmen sollen sich nicht mehr weigern dürfen. Die wollen jetzt Gewinn machen auf Kosten der Arbeitskräfte und auf Kosten des Staats.
- Marianne Biedermann: Es gibt aber tatsächlich viele KMU, die ums Überleben kämpfen.  
→ Daniel Lampart: Es gibt gar nicht viele, die weniger zahlen. Die, die es noch machen, haben bis 2018 Zeit, um die Löhne anzuheben. Mit Mindestlohn würde z.B. ein Café creme maximal um 10 Rappen teurer – in den letzten 10 Jahren ist er ohne Mindestlohn 20 Rappen teurer geworden.  
→ Peter Uhlmann: Junge nach der Lehre müssen auch nicht gleich einen grossen Lohn haben, man muss ja noch nicht mit 20 heiraten, eine Wohnung oder ein Auto haben. Viele Leute leben über ihre Verhältnisse.
- Beatrice Roost: Die grossen Firmen haben doch jetzt die Löhne nur PR-mässig hochgeschraubt, dafür drücken sie die Löhne, die sie im Ausland zahlen.  
→ Daniel Lampart: In der Regel ist es so, dass die Arbeitsbedingungen auch im Ausland besser werden, wenn sie bei uns besser werden. Man muss ganz sicher auf beiden Ebenen kämpfen.
- Wie ist es im Bereich Landwirtschaft? Wie ist der Mindestlohn dort möglich?  
→ Daniel Lampart: Wir versuchen seit langem, einen GAV mit den Bauern zu machen, schliesslich fliessen dort auch viele Subventionen hin. Unter den Mindestlohn würden auch die Bauern fallen. Biosuisse als Arbeitgeberverband hat immerhin schon Stimmfreigabe beschlossen – weil klar ist, dass es auch dort Mindestlöhne braucht. Für die Landwirtschaft kann man z.B. eine längere Übergangsfrist festlegen.